

Steuerfahndung als Standortvorteil der Bundesländer

[Speaker 1]

Welcome to the debate, unserem Forum für den respektvollen und tiefgehenden Diskurs aus unterschiedlichsten Perspektiven. Also stell dir vor, du stehst an einem Samstagabend vor dem exklusivsten Club der Stadt. Eine riesige Schlange windet sich da um den Block, vorn steht der Türsteher und bei den ganz normalen Gästen, naja, da fällst dir jede Tasche, leuchtet den Ausweis, extrem akribisch mit der Taschenlampe ab, lässt sich einfach wahnsinnig viel Zeit.

[Speaker 2]

Wobei, wenn dann die echten VIP-Gäste vorfahren, also die Leute mit den maßgeschneiderten Anzügen und den sündhaft teuren Sportwagen, dann schaut genau dieser Türsteher auffällig oft in eine ganz andere Richtung. Er nickt sie einfach so durch, quasi ohne hinzusehen.

[Speaker 1]

Genau und jetzt fragt man sich ja, also ist das ein miserabler Türsteher oder macht er exakt das, wofür der Clubbesitzer ihn am Ende bezahlt hat? Und genau dieses Bild beschreibt eigentlich perfekt unser heutiges Thema. Wir betrachten nämlich die Steuerfahndung in Deutschland, genauer gesagt diese wirklich eklatanten Unterschiede in der Kontrolldichte zwischen den einzelnen Bundesländern.

[Speaker 2]

Richtig und die zentrale Frage, die aus dem vorliegenden Material heute hervorgeht, lautet im Grunde, ist die drastisch niedrigere Kontrolldichte in wirtschaftlich starken Ländern, wie zum Beispiel Bayern, eine gezielte politische Strategie zur Schaffung von Standortvorteilen? Also quasi der Versuch, eine Art Schweiz-Leid zu sein?

[Speaker 1]

Kulturellen Unterschieden, reiner Verwaltungseffizienz und, naja, systemischen Fehlanreizen im Föderalismus. Ich vertrete hier jedenfalls klar die erste These, diese verschwindend geringe Kontrolldichte ist ein bewusster politischer Verzicht auf Einnahmen. Man schaut weg, um Kapital anzulocken.

[Speaker 2]

Um einen knallharten ökonomischen Standortvorteil zu zementieren. Und ich halte da ganz klar dagegen. Wer hier eine mutwillige Standortpolitik, also quasi so einen Masterplan der Landesregierungen hinein interpretiert, der unterschätzt die tatsächliche administrative

Komplexität einfach massiv.

Diese Zahlen sind primär die Folge von einer völlig unterschiedlichen Struktur und den geradezu erdrückenden Fehlanreizen unseres Föderalismus.

[Speaker 1]

Okay, dann müssen wir direkt in die Mechanik dieser sogenannten Effizienz einsteigen. Denn wenn wir die nackten Statistiken der Steuerfahndung mal auf den Tisch legen, dann sprechen die eine Sprache, die eigentlich keinen Raum für wohlwollende Interpretationen lässt, finde ich.

[Speaker 2]

Naja.

[Speaker 1]

Nehmen wir den Extremfall Bayern. Also auf 100.000 Steuerpflichtige kommen dort exakt 29 Fahndungsprüfungen. 29.

[Speaker 2]

Wobei die reine Fallzahl da, ja.

[Speaker 1]

Lass mich nur kurz den Vergleich ziehen, damit die Dimension für alle wirklich klar wird. Schauen wir nach Rheinland-Pfalz, den Spitzenreiter in der Statistik. Dort sind es 157 Prüfungen pro 100.000 Steuerpflichtige. Ein Fahnder in Rheinland-Pfalz bearbeitet rechnerisch 21 Fälle pro Jahr. Sein Kollege in Bayern gerade einmal sechs.

[Speaker 2]

Ja, und genau da tappen wir in diese erste Falle, wenn wir Statistik nicht richtig lesen. Du setzt hier einfach Frequenz mit Qualität gleich. Tue ich das?

Ja, und das ist in der Steuerfahndung echt ein fataler Fehler. Ich meine, was genau macht denn ein Prüfer, der sechs Fälle im Jahr bearbeitet, im Vergleich zu einem, der 21 einfach mal abhakt?

[Speaker 1]

Er lässt 15 Betriebe unkontrolliert. Das macht er.

[Speaker 2]

Nein, er gräbt tiefer. Lasst uns mal auf das tatsächliche Resultat schauen, also auf das eingetriebene Geld. Ein bayerischer Fahnder treibt mit seinen sechs Fällen im Durchschnitt 1,2 Millionen Euro im Jahr ein.

Der rheinland-pfälzische Kollege, der angeblich so wahnsinnig viel fleißiger ist und 21 Fälle abarbeitet, der kommt auf rund eine Millionen Euro. Was sagt uns das jetzt über die Mechanik der Behörden?

[Speaker 1]

Dass es in Bayern schlicht mehr zu holen gibt. Ich meine, Bayern hat knapp 580.000 Betriebe. Rheinland-Pfalz hat nur 155.000. Es gibt in Bayern 87 Spitzenverdiener pro 100.000 Steuerzahler, in Rheinland-Pfalz gerade mal 59. Natürlich sind die Einzelfälle dort lukrativer.

[Speaker 2]

Richtig, es gibt da einfach mehr große Vermögen. Und große Vermögen bedeuten zwingend extrem komplexere, langwierigere Verfahren. Wenn ein bayerischer Prüfer sich, sagen wir mal, ein internationales Firmengeflecht ansieht, vielleicht so ein verschachteltes Stiftungsmodell in Lichtenstein oder Gewinnverschiebungen über Briefkastenfirmen, dann ist das einfach nichts, was man an drei Nachmittagen mit dem Taschenrechner abhakt.

So eine Prüfung bindet einen hochqualifizierten Beamten oft über Monate, manchmal Jahre. Die bayerischen Fahnder haben also schlicht eine höhere Pro-Kopf-Effizienz. Sie fokussieren sich auf die lukrativen großen Fische.

Statt eben kleine Handwerksbetriebe mit irgendwelchen Bagatellprüfungen zu drangsalieren, das ist schlichtweg logische Ressourcenoptimierung, weißt du?

[Speaker 1]

Ressourcenoptimierung, also das klingt ja fantastisch auf dem Papier. Aber jeder, der sich das jetzt anhört, muss sich doch fragen, was passiert mit dem Rest? Was passiert mit den kleinen und mittleren Betrieben in diesem tollen Optimierungsszenario?

Die werden regulär geprüft, nur eben. Der oberste Rechnungshof in Bayern hat es mal gnadenlos durchgerechnet. Das Ergebnis, kleine Betriebe in Bayern werden rechnerisch nur alle 250 Jahre kontrolliert.

[Speaker 2]

Okay, aber das ist ein rein statistischer Mittelwert.

[Speaker 1]

Ein Mittelwert von 250 Jahren. Das bedeutet in der echten Lebensrealität eines Handwerksmeisters in München. Der kann ein Unternehmen gründen, er übergibt es an seine Kinder, die übergeben es an die Enkel und in über zwei Jahrhunderten sieht dieses Unternehmen keinen einzigen Steuerprüfer von innen.

Das nennst du Effizienz. Naja, das System muss halt Prioritäten setzen. Wenn ich systematisch einfach nicht mehr hinschaue, habe ich faktisch die Steuerprüfung für den Mittelstand abgeschafft.

Und der Rechnungshof selbst kritisiert diese fehlenden Stellen massiv. Die Gutachter sagen glasklar, dass der Landesregierung dadurch Mehreinnahmen in erheblicher Höhe entgehen. Gut hausgemachtes Problem.

Wir wissen doch von Experten wie Thomas Eigenthaler von der Deutschen Steuergewerkschaft, dass jeder Prüfer statistisch 800.000 bis eine Million Euro pro Jahr in die Staatskasse spürt. Ja, das ist die Theorie. Das ist keine Theorie, das sind deren eigene Zahlen.

Das heißt, ein Beamter, der den Staat vielleicht 80.000 oder 100.000 Euro im Jahr kostet, der refinanziert sich selbst um das Zehnfache. Wenn ich also als politischer Entscheider eine derart gigantische Rendite auf dem Tisch liegen habe und trotzdem sage, nein, wir stellen keine neuen Leute ein, dann ist das doch kein Versehen. Moment.

Das ist eine bewusste wirtschaftliche Entscheidung. Das ist exakt dieses Geschäftsmodell des Türstehers, der nicht in die VIP-Lounge schaut.

[Speaker 2]

Okay, jetzt sind wir genau am Kern deiner Argumentation. Du konstruierst aus einem tatsächlichen Personalmangel so einen Machiavellischen Masterplan der Ministerien. So noch dem Motto, wir stellen absichtlich niemanden ein, damit die Unternehmen in Ruhe gelassen werden.

Exakt. Das klingt vielleicht wie ein spannender Thriller, aber es scheitert komplett an der Realität der Verwaltungspraxis. Lass uns mal konkret anschauen, wie Steuerfahndung in der Praxis überhaupt funktioniert und warum dieses Personal überall fehlt.

Gerne. Also warum verzichtet ein Finanzminister freiwillig auf garantierte Mehreinnahmen? Erklär mir das.

Weil die Realität wesentlich komplexer ist, als deine isolierte betriebswirtschaftliche Gleichung da. Erstens, der Personalmangel ist absolut nicht nur bayerisch, er ist allgegenwärtig. Das bestätigt ja auch die Gegenseite in unserem Material, etwa der Strafverteidiger Carsten Wegner.

Der vertritt Mandanten gegen die Steuerfahndung und sieht wirklich jeden Tag, dass die Ämter chronisch unterbesetzt sind. Da ziehen sich Verfahren über Jahre, Zeugen können sich nicht erinnern und am Ende müssen komplexe Fälle oft gegen eine Geldauflage eingestellt werden, weil die Ressourcen für einen langen Prozess schlicht fehlen. Aber das untermauert doch nur meinen Punkt.

[Speaker 1]

Wenn ich die Behörden austrockne, müssen sie große Verfahren gegen Auflage einstellen. Das ist doch ein Traum für jeden Steuerhinterzieher.

[Speaker 2]

Aber es ist eben keine böse Absicht der Politik. Es liegt an operativen Schocks. Hast du dich mal gefragt, wie der Arbeitsalltag aussieht, wenn die Politik sogenannte Modethemen entdeckt?

Erinnern wir uns mal an diese großen Ankäufe von Steuer-CDs oder die Auswertung der Panama Papers.

[Speaker 1]

Ja.

[Speaker 2]

Da kauft ein Land plötzlich einen gigantischen Datensatz mit 50.000 hochbrisanten Konten.

[Speaker 1]

Und das ist doch hervorragend. Das ist genau der Job der Fahndung.

[Speaker 2]

Ja, in der Theorie. Aber mechanisch betrachtet ist das ein Albtraum für die Behörde. Diese Fälle haben oft ein gewaltiges Problem, nämlich die Verjährung.

Die Uhr tickt da erbarmungslos. Okay. Wenn diese CD auf dem Schreibtisch der Steuerverhandlung landet, muss der Amtsleiter sofort handeln.

Er muss reihenweise Prüfer von ihren regulären Fällen, also den besagten mittelständischen Betrieben, abziehen und in so eine Sonderkommission stecken. Plötzlich werten hochspezialisierte Leute monatelang kryptische Excel-Listen aus. Das bindet enorme Kapazitäten.

Verstehe ich. Die reguläre Prüfung fällt dann völlig flach, weil die Leute schlicht nicht an zwei Orten gleichzeitig sein können. Das ist keine Schweiz-leit-Strategie.

Das ist permanentes Krisenmanagement unter krassen Mangelbedingungen.

[Speaker 1]

Okay, das erklärt vielleicht punktuelle Überlastungen durch Datenlecks. Es erklärt aber in keinster Weise diesen dauerhaften, über Jahrzehnte gewachsenen personellen Notstand in der regulären Betriebsprüfung. Wenn ich doch weiß, dass Steuer-CDs meine Top-Leute binden, na

ja, dann muss ich die Basis breiter aufstellen.

Ja, aber das... Noch einmal eine Investition von 100.000 Euro in einen Beamten bringt eine Million. Das ist pure Mathematik.

Wenn reiche Länder dieses Geld nicht investieren, dann verzichten sie, wie die Parlamentarierin Barbara Höll in unserem Material völlig richtig analysiert hat, bewusst auf Einnahmen, um attraktiver zu werden. Der Mangel an Prüfern ist hier nicht der Unfall, er ist das Instrument. Das ist eine krasse Unterstellung.

Man signalisiert der Wirtschaft doch, kommt zu uns, bringt eure Firmenzentralen mit, baut eure Villen an den Starnberger See. Wir haben ohnehin keine Leute, um da so genau hinzusehen.

[Speaker 2]

Gut, du pochst ständig auf diese Mathematik. 100.000 investieren, eine Million kassieren. Aber du blendest dabei völlig aus, in was für einem System diese Bundesländer eigentlich agieren.

Deine Rechnung funktioniert vielleicht in einem freien Unternehmen, ja, sie funktioniert aber absolut nicht im deutschen Föderalismus. Wer diese isolierte Gleichung aufmacht, der ignoriert den großen Elefanten im Raum, nämlich den Länderfinanzausgleich.

[Speaker 1]

Den Länderfinanzausgleich. Also wie soll der Finanzausgleich als Entschuldigung dafür erhalten, dass man bei Steuerbetrug ein Auge zudrückt?

[Speaker 2]

Es ist absolut keine Entschuldigung, es ist knallharte institutionelle Mechanik. Finanzwissenschaftler wie Michael Töde von der Uni Köln bringen das sehr präzise auf den Punkt. Unser System bestraft in diesem speziellen Bereich schlichtweg Leistung.

Lass uns die Mechanismen mal ganz konkret durchspielen. Schieß los! Angenommen, ein wirtschaftlich starkes Land wie Bayern oder Hessen stellt jetzt plötzlich 500 neue Steuerfahnder ein.

Sie bilden die Leute jahrelang aus, sie zahlen die Gehälter, sie übernehmen die lebenslangen Pensionslasten.

[Speaker 1]

Und dafür holen diese 500 Fahnder dann hunderte Millionen an hinterzogenen Steuern zurück.

[Speaker 2]

Richtig? Richtig. Aber jetzt kommt die sogenannte Grenzabschöpfungsrate ins Spiel.

Weißt du eigentlich, was mit diesen 100 Millionen passiert? Darf Bayern damit seine eigenen maroden Brücken sanieren oder Schulen bauen? Nein.

Durch die Mechanik des Finanzausgleichs müssen die wohlhabenden Länder den absoluten Löwenanteil dieser zusätzlich eingenommenen Steuern sofort an ärmere Länder abtreten. In extremen Konstellationen bleiben von einem zusätzlich eingetriebenen Euro vielleicht noch 10 bis 20 Cent im eigenen Bundesland. Die Grenzabschöpfungsrate ist so enorm hoch, dass der finanzielle Anreiz für das Land völlig kollabiert.

[Speaker 1]

Das heißt, du sagst, die Finanzminister rechnen sich aus, warum sollen wir den Ärger mit unseren größten Arbeitgebern riskieren, wenn das Geld sowieso nach Bremen oder Berlin fließt?

[Speaker 2]

Exakt. Genau das ist es. Das Land trägt 100 Prozent der Kosten und Risiken, also Ausbildung, Büroinfrastruktur, Pensionen und eben auch den handfesten politischen Konflikt mit den ansässigen Unternehmen.

Aber die Rendite ernten andere. Das motiviert null dazu, politisches Kapital für eine extrem strenge Steuerfahndung zu opfern. Was du also als bösertige Schweiz-Leid-Verschwörung liest, ist auf administrativer Ebene ein völlig rationales Handeln.

Ein zutiefst demotivierendes föderales System erzeugt genau dieses Verhalten. Warum soll sich ein Landesfinanzminister unbeliebt machen, wenn sein eigener Haushalt am Ende kaum davon profitiert?

[Speaker 1]

Okay, das ist ein Punkt. Die strukturelle Hürde des Finanzausgleichs ist real, das gebe ich dir. Die Grenzabschöpfung ist echt ein Konstruktionsfehler des Föderalismus.

Aber du kannst den Föderalismus doch nicht für alles verantwortlich machen. Vor allem nicht, wenn die historische Beweislage zeigt, dass die Länder diesen defekten Zustand offenbar wollen. Sie wollen ihn.

Wie kommst du denn jetzt darauf? Bei jeder, der uns gerade zuhört, sich doch jetzt denken muss, wenn das föderale System so dysfunktional ist. Naja, warum ändern wir es dann nicht einfach?

Und genau dieser Versuch wurde ja unternommen. Blicken wir mal kurz zurück ins Jahr 2007. Der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatte exakt dieses Problem erkannt.

Die Kleinstaaterei, die Ineffizienz, die völlig zersplitterten Kapazitäten. Sein Plan war damals

absolut logisch. Der Bund baut eine zentrale Bundessteuerverwaltung auf.

[Speaker 2]

Ein monumentales verfassungsrechtliches Vorhaben, muss man dazu sagen.

[Speaker 1]

Aber ein extrem lukratives. Die Unternehmensberatung Chienbaum hat damals ein sehr detailliertes Gutachten erstellt. Die haben berechnet, dass eine zentralisiertere, effizientere Organisation jährlich 11,5 Milliarden Euro zusätzlich einbringen könnte.

11,5 Milliarden Euro. Das ist massiv Geld für Infrastruktur, Bildung, Sicherheit. Und was passierte dann in der Föderalismuskommission?

Ja, die Länder haben es abgelehnt. Sie haben es nicht nur abgelehnt, sie haben es mit Händen und Füßen bekämpft. Alle Länder und interessanterweise auch genau die Nehmerländer, die ja angeblich unter den mangelnden Prüfungen der Geberländer so leiden, haben den Vorschlag kategorisch blockiert.

Ja, aber... Wenn also die mangelnde Einnahmefähigkeit, wie du sagst, wirklich nur am Finanzausgleich und an dieser strukturellen Demotivation liegt, warum wehren sich die Länder dann so vehement, wenn der Bund ihnen diese ach zu unliebsame Aufgabe abnehmen will? Es gibt darauf nur eine Antwort.

Sie wollen die Kontrolle behalten. Die Steuerprüfung ist ein politischer Standortfaktor und sie weigern sich stritt, dieses Instrument aus der Hand zu geben.

[Speaker 2]

Da machst du es dir aber wirklich deutlich zu leicht. Und du wischst die legitimen Bedenken der Länder da einfach vom Tisch. Dass ein Landesfürst ungern Macht an Berlin abgibt, ja, das ist politischer Alltag.

Aber die fachliche Ablehnung einer Bundessteuerverwaltung, die hat fundamentale Gründe, die weit über das bloße Schützen von Millionären hinausgehen. Das entscheidende Argument der Länder war immer die föderale Nähe.

[Speaker 1]

Föderale Nähe, also das ist wirklich ein wunderbares Wort aus der Verwaltungsprosa.

[Speaker 2]

Was genau soll das denn bitte bedeuten? Es bedeutet lokales Wissen im positivsten Sinne. Die Landesfinanzbehörden argumentieren völlig zu Recht.

Wir kennen die wirtschaftlichen Strukturen unserer Region am allerbesten. Ein Steuerprüfer in Stuttgart versteht das Ökosystem der dortigen Automobilzulieferer. Ein Prüfer in Hamburg kennt die Besonderheiten der Schifffahrtsgesellschaften.

[Speaker 1]

Ja, okay.

[Speaker 2]

Eine riesige zentralisierte Megabehörde in Berlin hätte doch überhaupt nicht das administrative Fingerspitzengefühl für diese regionalen und oft extrem spezifischen Wirtschaftsgeflechte. Lokale Nähe ist ein absolut etabliertes Prinzip exzellenter Verwaltung. Eine Bundesbehörde würde stattdessen mit so einer bürokratischen Rasenmäher-Methode über das ganze Land ziehen.

Und genau davor hatten die Länder Angst, dass ein starrer Zentralapparat legitime unternehmerische Spielräume aus schlichter Inkompetenz abwirkt.

[Speaker 1]

Fingerspitzengefühl für regionale Besonderheiten? Also wenn ich das höre, dann läuten bei mir echt alle Alarmblocken. Denn das ist genau der Euphemismus, den ich vorhin gemeint habe.

Das ist reine Verwaltungsprosa. Wir wissen, bei welchen Großunternehmen wir mal ein Auge zudrücken müssen, weil sie ansonsten damit drohen, das Werk hier abzubauen. Das ist eine sehr harsche Unterstellung, finde ich. Es ist einfach die Realität des Standortwettbewerbs.

Dieses Argument der lokalen Nähe ist doch nur das Werkzeug, um diesen toxischen Wettbewerb aufrechtzuerhalten. Genau das hat Barbara Höll in unserer Quelle messerscharf analysiert. Die Landesregierungen nutzen die Finanzämter als informelle Wirtschaftsförderung.

Sie wollen, dass die Großunternehmen wissen, schaut her, hier in unserem Bundesland reden wir bei einer Betriebsprüfung noch vernünftig bei einer Tasse Kaffee miteinander. Hier wird nicht wegen jeder kreativen Buchung gleich der Staatsanwalt eingeschaltet. Und das Pikante daran ist ja, das kommt nicht von den Beamten selbst.

Das Material zeigt uns doch ganz klar, dass die Fahnder an der Basis, also die Leute, die wirklich die Akten wälzen, oft viel intensiver prüfen wollen. Der Wunsch nach konsequenterer Strafverfolgung ist bei denen da. Aber sie werden politisch gedeckelt, indem die Kapazitäten einfach systematisch knapp gehalten werden.

Dieser fehlende Druck von oben ist strategisch gewollt.

[Speaker 2]

Ich bestreite überhaupt nicht, dass es zwischen den Bundesländern ökonomische Anreize und auch einen Standortwettbewerb gibt. Natürlich will jedes Land attraktive Bedingungen für Arbeitgeber schaffen. Aber diesen Wettbewerb jetzt als den alleinigen primären Treiber für die Diskrepanz in der Steuerfahndung zu deklarieren, das verkennt die Praxis.

Lass uns das doch mal kurz weiterdenken. Du forderst effektiv mehr Beamte, mehr Kontrollen, eine drastische Erhöhung der Prüfungsfrequenz. Richtig.

Du willst den Druck massiv erhöhen. Aber ab welchem Punkt wird diese lückenlose Steuerkontrolle eigentlich zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die völlig ehrliche Wirtschaft?

[Speaker 1]

Eine Steuerprüfung ist eine gesetzliche Pflicht, keine ungerechtfertigte Bestrafung.

[Speaker 2]

Aber sie bindet enorme Ressourcen in den Unternehmen. Wir müssen echt aufpassen, dass wir in unserem theoretischen Streben nach der hundertprozentigen Steuergerechtigkeit nicht ein permanentes Klima des Generalverdachts schaffen. Wenn wir noch mal auf das bayerische Modell schauen, ein Prüfer greift dort gezielt ein, wo es handfeste Verdachtsmomente gibt und sichert dann im Schnitt 1,2 Millionen Euro.

Das ist ein qualitativ hochwertiger, zielgerichteter Eingriff des Staates. Wenn 18 bis auf den allerletzten Cent korrekt gearbeitet haben, dann bedeutet das für diese 18 Betriebe wochenlangen administrativen Stress. Unterlagen raussuchen, den Steuerberater extra bezahlen, nervliche Belastung.

Effizienz in der Verwaltung bedeutet eben auch, den ehrlichen Steuerzahler einfach mal in Ruhe wirtschaften zu lassen, statt ihn mit flächendeckenden Verdachtskontrollen zu überziehen.

[Speaker 1]

Da müssen wir jetzt aber aufpassen und die Begriffe mal ganz präzise trennen. Wir reden hier nicht von den routinemäßigen normalen Betriebsprüfungen, bei denen das Finanzamt alle paar Jahre mal die Bücher checkt. Wir reden in unserem Material explizit von der Steuerfahndung.

Die Fahndung rückt doch nicht aus Langeweile oder für Stichproben aus. Die wird erst aktiv, wenn bereits ein konkreter Anfangsverdacht auf eine Steuerstraftat besteht. Richtig, der Verdacht muss da sein.

Wenn also in Bayern auf 100.000 Steuerpflichtige nur 29 solcher Fahndungsprüfungen stattfinden, dann bedeutet das definitiv nicht, dass die bayerischen Unternehmer von Natur aus irgendwie ehrlicher sind als die im Rest der Republik? Nein, das behaupte ich auch nicht. Es bedeutet schlicht und ergreifend, dass konkrete Anfangsverdachtsmomente oft gar nicht erst

weiterverfolgt werden.

Man lässt es einfach im Sande verlaufen. Und hier kommt der gefährlichste Aspekt ins Spiel, den auch Thomas Eigenthaler anspricht. Die präventive Wirkung des Staates ist völlig tot.

Du meinst Prävention durch Abschreckung. Exakt. Die reine Existenz einer personell schlagkräftigen Steuerfahndung sorgt ja normalerweise dafür, dass Menschen gar nicht erst betrügen.

Aber was ist denn das ökonomische Kalkül eines Unternehmens heute? Wenn ich weiß, dass das Risiko, überhaupt erwischt zu werden, gegen Null tendiert, wir erinnern uns an den Prüfzyklus von 250 Jahren bei kleinen Betrieben, dann verlagert sich die rationale Entscheidung massiv in Richtung Steuervermeidung oder eben Hinterziehung. Es lohnt sich einfach, weil der Staat de facto blind ist.

[Speaker 2]

Dass die präventive Arbeit der Steuerfahndung de facto unmöglich geworden ist, da bin ich tatsächlich voll und ganz bei dir. Die Verwaltungen arbeiten heutzutage wirklich fast ausschließlich reaktiv. Sie hecheln den Ereignissen nur noch hinterher.

Es gibt eine Selbstanzeige von einem reuigen Steuersender. Das Amt reagiert. Es gibt einen gigantischen Leak wie die Panama Papers oder Comex.

Das Amt reagiert.

[Speaker 1]

Ja, völlig reaktive, dysfunktionale Behördenstruktur, die systematisch Milliarden auf der Straße liegen lässt.

[Speaker 2]

Ja, aber wo wir uns fundamental unterscheiden, ist die Antwort auf die Frage nach dem Warum. Du konstruierst einen bewussten politischen Plot, eine gewollte Schweizleid, um Millionäre und Konzerne zu Bauchpinseln. Ich sehe hingegen einen extrem schwerfälligen administrativen Apparat, der schlicht an den harten strukturellen Bedingungen leidet.

Schau dir doch mal den Arbeitsmarkt an. Ein brillanter Steuerrechtler, der diese komplexen internationalen Verschachtelungen durchschaut, der verdient in einer großen Kanzlei in Frankfurt oder München als Berater ein Vielfaches von dem, was das Finanzamt ihm jemals zahlt. Das stimmt, ja.

Der Staat kann diese Experten finanziell gar nicht anziehen. Kombiniere das mit der demotivierenden Mechanik des Finanzausgleichs und der ständigen Überforderung durch riesige Datenlecks und das Ergebnis ist exakt der Mangel, den wir heute sehen. Ein massiver

Systemfehler, ja, aber kein böswilliger Masterplan.

[Speaker 1]

Ich finde es bemerkenswert, wie wir uns in der Diagnose der Symptome am Ende doch so einig sind. Das aktuelle System der Steuerfahndung in Deutschland blutet personell aus, es ist auf einem Auge blind und lässt präventive Kontrollen kaum noch zu. Aber ich halte deine Erklärung nach wie vor für viel zu wohlwollend gegenüber den politischen Entscheidern.

Wenn der Föderalismus und der Finanzausgleich wirklich die alleinigen Probleme wären, dann hätten die Länder 2007 die Flucht nach vorn antreten müssen. Naja. Sie hätten das Chienbaum-Gutachten umarmen und die Bundessteuerverwaltung vehement fordern müssen.

Sie haben sich aber ganz aktiv für den dysfunktionalen Status quo entschieden. Und in der Politik entscheidet man sich nur dann für einen defekten Zustand, wenn dieser Zustand für bestimmte Akteure extrem nützlich ist. Der Verzicht auf Steuereinnahmen, gepaart mit dem perfekten institutionellen Versteck des Föderalismus, ist schlicht der Preis für regionalen wirtschaftlichen Glanz.

Wer die Ressourcen der Prüfer knapp hält, steuert die Kontrolldächer am Ende viel eleganter, als es jedes offizielle Gesetz jemals könnte.

[Speaker 2]

Und genau diese Zuspitzung zeigt, warum ein tiefes Eintauchen in die Materie so wichtig ist. Wer einfach nur auf die Oberfläche schaut, also hier 29 Prüfungen, dort 157, der schreibt sehr schnell das bequeme Narrativ vom gierigen, unfairen Bundesland, das absichtlich wegschaut. Aber diese, sagen wir mal, populistische Sichtweise greift einfach zu kurz.

Sie ignoriert die ökonomische Realität des Finanzausgleichs völlig. Sie ignoriert die tatsächliche Komplexität von Konzernstrukturen in industriellen Ballungszentren, die ganz andere Ermittlungsansätze erfordern. Und sie ignoriert eben auch, dass das Beharren auf föderale Eigenständigkeit tief in unserem Staatsverständnis verankert ist, um lokale Wirtschaftsökosysteme vor einer stumpfen Zentralbürokratie zu schützen.

Das System ist hochkomplex und produziert definitiv Verlierer. Aber wer die Mechanismen wirklich versteht, der erkennt, dass es vor allem ein administrativ getriebenes Strukturproblem ist.

[Speaker 1]

Wir haben die Kernkonflikte freigelegt und gesehen, wie eng ökonomische Anreize, die tägliche Verwaltungspraxis und politische Standortvorteile hier wirklich verzahnt sind. Auch wenn wir bei der Frage nach dem eigentlichen Motivationskern der Politik hart aneinander geraten sind, bleibt ein klares Fazit bestehen. Die Betrachtung von bloßen Statistiken darf immer nur der

Einstieg in eine Analyse sein.

Niemals das Ende.

[Speaker 2]

Dem stimme ich voll zu. Wenn nur die Fallzahlen vergleicht, sieht lediglich das Symptom. Wer sich aber ansieht, wie das Geld im Hintergrund durch den Finanzausgleich fließt und wie Ressourcen vor Ort unter Druck allokiert werden, der beginnt erst, die wahre Mechanik der Krankheit zu verstehen.

[Speaker 1]

Es bleibt euch, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, überlassen, selbst ein Urteil darüber zu fällen. Fördert der deutsche Föderalismus in seiner jetzigen Ausgestaltung überhaupt noch eine gerechte und funktionierende Steuerkontrolle? Oder ist er zum perfekten Deckmantel für einen ruinösen ökonomischen Unterbietungswettbewerb geworden?

In unserem Quellmaterial verbergen sich noch weitaus tiefere Einblicke in dieses faszinierende Dilemma. Wenn ihr also das nächste Mal an einem Türsteher vorbeigeht, der jemanden im teuren Anzug ganz beiläufig und unkontrolliert durchwinkt, fragt euch, ist das wirklich nur pragmatische Effizienz? Oder seht ihr da gerade ein sehr bewusstes, exzellent kalkuliertes Geschäftsmodell?